

Ombudsstelle SRG.D

Dr. Esther Girsberger, Co-Leitung

Dr. Urs Hofmann, Co-Leitung

c/o SRG Deutschschweiz

Fernsehstrasse 1-4

8052 Zürich

E-Mail: leitung@ombudsstellesrgd.ch

Zürich, 18. Juli 2025

Dossier Nr. 11570, «SRF News» vom 13. Juni 2025 – «Sparkurs in Argentinien – Wie beliebt ist Milei in der Bevölkerung?»

Sehr geehrter Herr X

Wir nehmen Bezug auf Ihr Mail vom 14. Juni 2025, worin Sie obige Sendung wie folgt beanstanden:

Der Artikel von Teresa Delgado trieft nur so vor falschen Angaben, um die Wahrheit ins vermeintlich richtige Licht zu rücken. Lassen Sie mich dazu folgende sechs Punkte ergänzen.

1. Javier Milei macht "Druck ... auf queere Menschen". Das von jemandem zu behaupten, der öffentlich erklärt, es gehe niemanden etwas an, wer mit wem ins Bett geht, ist schon gewagt. Da wäre dann doch ein Beleg interessant. Dass "Druck" auf Presse schon entsteht, wenn man die staatlichen Zuschüsse streicht, kann man aus ihrem Blickwinkel ja verstehen. Reporter ohne Grenzen sieht ja da auch Pressefreiheit in Gefahr, wenn keine Steuergelder mehr fliessen.

2. Der absolute Höhepunkt ist aber der Satz: "Die Zahlen sind jedoch mit äusserster Vorsicht zu geniessen: Es ist bekannt, dass die Regierungen in Argentinien an den Parametern des Statistikamtes schrauben".

Die linken Vorgänger haben nicht nur "geschraubt", sie haben Investoren mit gefälschten Zahlen betrogen und sind deswegen zu hohen Gefängnisstrafen verurteilt worden. Die Wahrheit ist, dass die Armutszahlen gar nicht nur von der Regierung, sondern auch von unabhängigen Universitäten ermittelt werden. Zur Wahrheit gehört genauso, dass der Leiter

der Statistikbehörde von Javier Milei nicht ausgetauscht wurde, also gar kein Regierungsmann ist. Die Wahrheit ist darüber hinaus, dass Milei kein Interesse an manipulierten Daten hat. Er glaubt fest daran, dass die Menschen erwachsen genug sind, um die Wahrheit zu ertragen. Als Südamerikakorrespondentin und sollte Frau Delgado schon mindestens einen inhaltlichen Hinweis haben. Aber selbst die argentinische Opposition macht diesen Vorwurf nicht.

3. "Die Kaufkraft bleibt schwach" ist schlicht falsch. Entweder hat die Journalistin keine Lust auf einfachste Quellen zuzugreifen oder sie lügt. Die Kaufkraft steigt, weil nämlich die realen Löhne steigen und sich sogar die diversen Sozialhilfen real nahezu verdoppelt haben. Sie "bleibt" also nicht schwach.

4. Bestellte gewalttätige Hooligans als "Fussballfans" zu bezeichnen ist entweder ahnungslos oder naiv. Die sogenannte "Allianz der Unzufriedenen" ist eine Zwangsgemeinschaft, weil die Demos mit oft unter 100 Teilnehmern eher schwach besucht sind. Selbst die Gewerkschaft traut sich keine eigene Grossdemo mehr zu, sondern nimmt lieber die paar Profirentner mit. Es ist also weniger eine Allianz als ein kümmerlicher Rest.

5. Auch nicht schlecht und sehr entlarvend ist es, die sinkende Inflation als ein politisches "Zückerli" im Wahlkampf zu bezeichnen. Das ist echt gemein von dem Milei, im Wahljahr die Inflation weiter abzusinken (Vorsicht: Ironie). Da wird wohl Leistung mit Geschenk verwechselt. Kein Wunder, da die Linken in Argentinien normalerweise ihre "Zückerli" als leere Versprechen verteilen oder mittels Zentralbank auf buntes Papier drucken.

6. Fast noch besser ist der Hinweis, dass Milei leichtes Spiel hat, weil jeder in der Opposition Irgendetwas "verbockt" hat. Ist ihm ein Rad umgefallen? "Verbockt" als Begriff für Tote durch vermeidbare Flutkatastrophen, das ist kreativ formuliert.

Fazit und Fragen: Wieso beinhaltet der Text derart viele falsche Angaben, um ein Weltbild an die Leserschaft zu transferieren? Wieso erweckt der Artikel den Eindruck, dass Argentinien vor Javier Mileis Amtsübernahme ein Land der blühenden Landschaften war? Wieso muss Mileis Leistung schlecht gemacht werden? Wieso bemüht sich der Artikel nicht einmal ansatzweise um Objektivität?»

Die **Redaktion** nimmt wie folgt Stellung:

Die Beanstandung betrifft einen Frage-und-Antwort-Artikel (ein sogenanntes Q&A), der wiederum auf einem Gespräch im «Echo der Zeit» basiert.

Zunächst zu den einzelnen Kritikpunkten:

- Die zumindest verbalen direkten Angriffe des argentinischen Präsidenten auf Homosexuelle und queere Personen sind breit dokumentiert. Nicht zuletzt, weil er sich auch auf der grossen Bühne des Weltwirtschaftsforums in Davos entsprechend geäussert hat. <https://www.tagesschau.de/ausland/amerika/argentinien-proteste-milei-102.html>
Dass dadurch Druck auf diese Gesellschaftsgruppen entsteht, dürfte naheliegen. Ebenfalls indem die Finanzierung von Organisationen, die deren Interessen vertreten, eingestellt wird. Das darf eine Regierung natürlich tun. Aber sie sendet dadurch ein Signal und erzielt eine gewollte Wirkung.

- Dass argentinische Regierungen – nicht zuletzt, um an IWF-Kredite zu gelangen – die Wirtschaftszahlen frisieren, ist seit Jahrzehnten eine unerfreuliche Tatsache und geschieht geradezu notorisch. Sowohl linke als auch rechte Regierungen machten sich dessen schuldig. Es kann deshalb nicht überraschen, wenn entsprechend auch an den Zahlen der Milei-Regierung Zweifel bestehen. Solche Zweifel werden nicht zuletzt in der internationalen Wirtschaftspresse («Financial Times», «Economist» etc) regelmässig thematisiert und erläutert.
- Die Wirtschaftspolitik von Milei führt zu unterschiedlichen Resultaten, wie unsere Lateinamerika-Korrespondentin deutlich macht. Es gibt offenkundig positive Entwicklungen (Inflation), aber ebenso negative (hohe Preise für viele Produkte, Kaufkraft):
<https://www.wiwo.de/politik/ausland/radikales-reformprogramm-wie-milei-argentinien-zum-teuersten-land-suedamerikas-macht/100117111.html>
 Das belegen auch zahlreiche Studien von nationalen und internationalen Institutionen.
- Die Behauptung, dass lediglich ein paar hundert und allesamt gekaufte Demonstranten an Kundgebungen gegen die amtierende Regierung teilnehmen, ist falsch, wie bereits ein kurzer Blick in die englischsprachige argentinische Zeitung «Buenos Aires Herald» - aber auch in zahlreiche andere Medien – zeigt.
<https://www.batimes.com.ar/topics/protest>

Was Lateinamerika-Korrespondentin Teresa Delgado sagt, lässt sich also problemlos belegen. Zudem zeichnet sie in dem Q&A und im «Echo»-Gespräch trotz der erforderlichen Kürze ein sehr differenziertes Bild der Entwicklung in Argentinien. Bereits im Vorspann zum «Q&A» steht: «Die Mehrheit der Bevölkerung steht weiterhin hinter Mileis Politik.» Und im ersten Satz der ersten Antwort führt Delgado aus: «Gesamtwirtschaftlich hat sich die Lage verbessert.» Sie erläutert das nicht zuletzt, indem sie auf die stark gesunkene Inflation verweist, die jahrzehntelang eine Geissel für die Argentinier war. Und sie gelangt daher ebenfalls zum Schluss, dass erwartet wird, dass Milei bei den bevorstehenden Zwischenwahlen im Oktober Boden gutmachen wird.

Es kann überdies keine Rede davon sein, wir hätten jemals im Zusammenhang mit der Wirtschaftspolitik der linken Vorgängerregierungen von «blühenden Landschaften» gesprochen. Im Gegenteil: Unsere aktuelle Korrespondentin in Südamerika und ihre Vorgänger David Karasek und Ulrich Achermann haben die rechte Wirtschaftspolitik – und jene ihrer Vorgänger – regelmässig deutlich kritisiert. Wir bitten Sie deshalb, die Beanstandung abzulehnen.

Die **Ombudsstelle** hat den Beitrag gelesen und hält abschliessend fest:

1.

Die Südamerika-Korrespondentin von SRF äussert sich in einem Online-Artikel unter dem Titel «Sparkurs in Argentinien - Wie beliebt ist Milei in der Bevölkerung?» zu verschiedenen Fragen der argentinischen Politik und der Stimmungslage im Land. Der Artikel erschien im Nachgang zu einem Audio-Beitrag zum gleichen Thema im «Echo der Zeit» vom 12. Juni 2025 im sogenannten Q & A-Format (Fragen und Antworten). Dass im Rahmen eines kurzen Artikels keine umfassende Analyse der argentinischen Politik erfolgen kann, liegt auf der Hand. Wie immer in solchen Fällen ging es darum, in verkürzter Form auf zentrale Fragen einzugehen. Die Ombudsstelle hat sich dazu zu äussern, ob der Artikel **insgesamt** den Anforderungen von Art. 4 Abs. 2 des Radio- und Fernsehgesetzes (RTVG) entspricht, wonach redaktionelle Sendungen mit Informationsgehalt Tatsachen und Ereignisse sachgerecht darstellen müssen, so dass sich das Publikum eine eigene Meinung bilden kann. Diese Anforderung gilt auch für Online-Beiträge im sogenannten übrigen publizistischen Angebot (Art. 5a RTVG)

Der Beanstander kritisiert den Online-Beitrag generell als tendenziös und macht geltend, der Artikel erwecke den Eindruck, Argentinien sei vor der Amtsübernahme durch Javier Milei ein «Land der blühenden Landschaften» gewesen. Sodann nennt der Beanstander sechs Punkte, in denen seines Erachtens falsche Tatsachen präsentiert würden.

2.

Anders als der Beanstander dies darstellt, beschreibt der Artikel die Situation in Argentinien keineswegs einseitig, sondern bemüht sich, die unterschiedlichen Stimmungen und Wertungen in der argentinischen Bevölkerung aufzuzeigen. Namentlich kann auch in keiner Weise von einer Beschönigung des Zustandes Argentinien vor dem Amtsantritt Mileis die Rede sein. Insbesondere wird bereits im Einleitungstext festgehalten, dass trotz der unbestrittenermassen und gewollt radikalen Politik Mileis die Mehrheit der Bevölkerung weiterhin hinter seiner Politik stehe, auch weil es ihm gelinge, die Inflation zu drücken.

Zu den konkreten Kritikpunkten äussert sich die Ombudsstelle wie folgt:

Druck auf queere Menschen

Im Artikel ist – ohne weitere Erläuterungen und Details – davon die Rede, Milei mache unter anderen «Druck auf queere Menschen».

Die Äusserungen Mileis, namentlich auch in seiner Rede am WEF in Davos, wurden von breiten Kreisen als Geringschätzung queerer Menschen wahrgenommen. Darüber wurde in den Medien breit berichtet und es kam Anfang Jahr im Nachgang zu Mileis Aussagen zu grossen Demonstrationen in Buenos Aires. Der entsprechende Hinweis im Artikel ist nicht zu beanstanden.

Dazu vgl. beispielhaft die folgenden Publikationen:

<https://www.zeit.de/politik/ausland/2025-04/frauenrechte-argentinien-queerness-javier-milei-widerstand/seite-2>

<https://www.euronews.com/2025/02/02/president-mileis-homophobic-davos-speech-spark-protests-across-argentina>

<https://argentinareports.com/thousands-march-in-argentina-against-javier-mileis-homophobic-remarks-at-davos/3848/>

Statistische Angaben sind mit Vorsicht zu geniessen

Dass die Berechnung der Inflationsrate und der Kaufkraft umstritten sind und massgeblich auch von den angewandten Parametern abhängen, ist bekannt. Der Hinweis, dass die Statistiken die ökonomischen Realitäten oft nicht wahrheitsgemäss bzw. sachgerecht abbilden, war deshalb angebracht.

Auch hier kann auf weitere Medienberichte verwiesen werden:

<https://www.nzz.ch/international/milei-senkt-die-armutsrate-deutlich-und-verliert-trotzdem-an-popularitaet-ld.1878959>

<https://www.handelsblatt.com/politik/international/suedamerika-in-argentinien-sinkt-die-armutsquote-aber-milei-hilft-das-nicht/100119662.html>

Kaufkraft bleibt schwach

Es ist unbestritten, dass die Preise in Argentinien für viele Alltagsprodukte trotz erheblich gesunkener Inflationsraten stark angestiegen sind, ohne dass die Löhne entsprechend erhöht worden wären. So ist bekannt, dass vor dem Amtsantritt Mileis aufgrund der ausgesprochen tiefen Preise in Argentinien ein reger Einkaufstourismus der chilenischen Bevölkerung in Argentinien bestand, welcher nunmehr in umgekehrter Richtung funktioniert. Der Hinweis auf die schwache Kaufkraft in Argentinien im Verhältnis zu den Preisen vor Ort ist deshalb berechtigt.

Vgl. die folgenden Medienberichte:

<https://www.spiegel.de/wirtschaft/javier-milei-wie-der-praesident-argentinien-zum-teuersten-land-suedamerikas-macht-a-7e6818a7-b33c-4e2b-8043-3cf68d1a139f>

<https://www.nzz.ch/international/milei-senkt-die-armutsrate-deutlich-und-verliert-trotzdem-an-popularitaet-ld.1878959>

<https://www.tagesanzeiger.ch/javier-milei-argentinens-praesident-im-stimmungstief-384825209804>

Manifestationen

Dass es in Argentinien, namentlich in der Hauptstadt Buenos Aires, immer wieder zu Demonstrationen verschiedener Gruppierungen kam, ist allgemein bekannt. Auch haben Medien darüber berichtet, dass unter den Demonstrierenden auch «Fussballfans» bzw. «Hooligans» waren. Auch der Hinweis auf die regelmässigen Kundgebungen von Rentnerinnen und Rentnern ist zutreffend.

Vgl. die folgenden Publikationen

<https://www.fr.de/politik/waechst-rentner-aerzte-feministinnen-protest-gegen-kettensaenge-in-argentinien-zr-93772702.html>

<https://www.tagesschau.de/ausland/amerika/argentinien-proteste-milei-102.html>

<https://www.handelsblatt.com/politik/international/argentinien-ausschreitungen-bei-protesten-gegen-mileis-rentenpolitik/100113396.html>

<https://www.businessinsider.de/politik/200-000-menschen-demonstrieren-in-argentinien-gegen-mileis-politik/>

<https://www.tagesschau.de/ausland/amerika/argentinien-protest-rente-100.html>

<https://www.youtube.com/watch?v=w42XY2KPgqY>

«Zückerli»

Die Ombudsstelle gibt dem Beanstander Recht, dass die Verwendung des Begriffs «Zückerli» im Zusammenhang mit der gesunkenen Inflation wie auch anstehenden Investitionen aus dem Ausland nicht adäquat war. Bei beiden Elementen handelt es sich um Tatsachen, die offenkundig nicht bloss als Lockvogel vor den Wahlen präsentiert wurden, sondern – zumindest aus heutiger Sicht – als Erfolg von Mileis Politik zu betrachten sind. Allerdings vermag allein diese verfehlte Wortwahl den Gesamteindruck des Berichts nicht massgeblich zu verändern, da die als «Zückerli» bezeichneten Umstände korrekt genannt werden.

«Verbockt»

Demgegenüber erweist sich der Hinweis darauf, dass sich alle übrigen Parteien während ihrer Regierungszeit diskreditiert haben, als berechtigt. Hier den Begriff «verbockt» zu verwenden, mag zwar etwas gar salopp sein, entspricht jedoch der Tatsache, dass die traditionellen Parteien durch ihre fragwürdige Politik und zahllose Korruptionsskandale ihre Glaubwürdigkeit in weiten Teilen der Bevölkerung verspielt haben.

Zusammenfassend gelangt die Ombudsstelle zum Schluss, dass die Tatsachen zur Politik Mileis und zum Zustand der argentinischen Gesellschaft und Wirtschaft wie auch die Stimmung in der Bevölkerung adäquat wiedergegeben werden. Die Leserinnen und Leser haben so die Möglichkeit, sich ein eigenes Bild über die Vor- und Nachteile der eigenwilligen

Politik des argentinischen Präsidenten zu machen. **Einen Verstoss gegen das Sachgerechtigkeitsgebot von Art. 4 Abs. 2 RTVG stellt die Ombudsstelle nicht fest.**

Sollten Sie in Erwägung ziehen, den rechtlichen Weg zu beschreiten und an die Unabhängige Beschwerdeinstanz für Radio und Fernsehen (UBI) zu gelangen, lassen wir Ihnen im Anhang die Rechtsmittelbelehrung zukommen.

Mit freundlichen Grüssen

Ombudsstelle SRG Deutschschweiz